

Korruptionsbekämpfung Pensionäre als Kontrolleure

Berlins Sozialsenator Mario Czaja (CDU) will pensionierte Beamte vorübergehend zur Korruptionsprävention im Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) einsetzen. Außerdem sollen Behördenmitarbeiter Gespräche mit Betreibern von Flüchtlingsunterkünften, Sicherheitsfirmen oder Cateringunternehmen künftig nur noch in Anwesenheit eines Kollegen führen oder die Gesprächsinhalte detailliert in Aktennotizen festhalten. Das geht aus einer bisher unveröffentlichten Antwort auf eine Anfrage der Linken im Berliner Abgeordnetenhaus hervor. Hintergrund sind die Korruptionsermittlungen der Berliner Staatsanwaltschaft gegen einen ehemaligen Referatsleiter des Lageso. Der Beamte sitzt seit Mitte Februar in Untersuchungshaft und

steht unter Verdacht, von einer Sicherheitsfirma Schmiergeld in Höhe von mehreren 10 000 Euro angenommen zu haben (SPIEGEL 12/2016). Drei weitere Verfahren im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung in der Hauptstadt, auch gegen Lageso-Beschäftigte, habe die Staatsanwaltschaft laut Senat inzwischen mangels Tatverdachts eingestellt. In 15 Fällen wird noch ermittelt.

Zu Durchsuchungen und Festnahmen kam es bisher nur im Fall des mutmaßlich korrupten Referatsleiters. Zu Details, die diesen Fall betreffen, wollte sich Sozialsenator Czaja in der Antwort nicht äußern, er werde die Gründe dafür „zeitnah“ in einem Schreiben an den Parlamentspräsidenten mitteilen. Die Linken-Abgeordnete Elke Breitenbach wirft dem Senator vor, er sei offenbar „weder an Aufklärung noch an Transparenz interessiert“. was

Flüchtlinge Ansturm bleibt aus

Der von manchen Politikern vorhergesagte beträchtliche Nachzug von Angehörigen syrischer Flüchtlinge bleibt – zumindest vorerst – aus: Rund 7500 entsprechende Visa wurden nach Informationen aus dem Auswärtigen Amt in den ersten drei Monaten dieses Jahres von den deutschen Auslandsvertretungen in der Türkei, in Jordanien, im Libanon und in Ägypten ausge-

stellt. Zum Vergleich: Im Jahr 2015 wurden nach Angaben der Bundesregierung weltweit 21 376 Visa zur Familiensammenführung für Menschen aus Syrien erteilt. Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl macht für die niedrigen Zahlen unter anderem die monatelangen Wartezeiten für Termine in den deutschen Auslandsvertretungen verantwortlich. Das Auswärtige Amt räumt „derzeit sehr lange Bearbeitungszeiten“ ein, vor allem in Beirut. red



Syrische Flüchtlinge vor der deutschen Botschaft in Beirut

Bundeskriminalamt 1500 neue Stellen

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) will das Personal des Bundeskriminalamts (BKA) in den nächsten Jahren erheblich aufstocken. Wie aus Ministeriumskreisen verlautete, soll de Maizière bei Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) 1500 zusätzliche Stellen beantragt haben. Würde dies umgesetzt, bekäme das BKA 30 Prozent mehr Personal. Die Behörde hat in den vergangenen Jahren

deutlich mehr Aufgaben übernommen, etwa in der Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus. Außerdem agiert das Amt häufiger als Zentralstelle für die Landeskriminalämter, wie bei der Datensammlung über professionelle Ladendiebe und Wohnungseinbrecher.

Das Bundesinnenministerium will die Gesamtzahl der neuen Stellen nicht bestätigen. Man sei aber in „guten Gesprächen“ mit dem Finanzministerium, sagte eine Sprecherin. aul

AfD Gespräch mit Geheimdienstchef?

Frauke Petry, Chefin der Rechtspartei Alternative für Deutschland, bemüht sich offenbar seit geraumer Zeit, eine Observierung ihrer Partei durch den Verfassungsschutz zu verhindern. Nach Informationen aus der AfD-Spitze kam es im Herbst 2015 auf Petrys Wunsch zu einem Gespräch zwischen ihr und Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen. Petry habe von dem Austausch beruhigende Nachrichten mitgebracht, heißt es. Maaßen habe versichert, seine Behörde plane nicht, die AfD in ab-

sehbarer Zeit zu beobachten. Ein Sprecher Maaßens wollte sich dazu nicht äußern. Petry bestritt auf Anfrage, dass es ein Treffen oder Gespräch gegeben habe. Sie habe nur Maaßens Äußerungen aus Medien zitiert. Doch mehrere AfD-Politiker sagen, sie habe von einem direkten Austausch berichtet. Ein Vorstand erinnert sich an Petrys Schilderung, dass Maaßen sie vor rechtsextremistischen Umtrieben im Saarland gewarnt habe. Wenn die Partei nicht einschreite, drohe hier eine Beobachtung. Petry dementiert auch dies. Auf dem jüngsten Parteitag beschloss die AfD, den Saarverband aufzulösen. ama, fis

Affären Nur Kopien

Im Streit um die verzögerte Herausgabe von Akten in der Friesenhof-Affäre hat die Führung des Sozialministeriums es mit der Wahrheit erneut nicht so genau genommen. Erst hatte Ministerin Kristin Alheit (SPD) vor dem Sozialausschuss falsche Angaben über Ermittlungen der Kieler Staatsanwaltschaft im Skandal um die Mädchenheime gemacht (SPIEGEL 18/2016). Nun legte ihr Sprecher Frank Lindscheid nach – offenbar mit der Absicht, seine Ministerin zu schützen. Den „Kieler Nachrichten“ sagte er, die Akten seien unmittelbar nach dem „26. Juni

2015 ... dem Landtag überstellt worden“. Das ist falsch, denn überstellt wurden nur Kopien, die das Sozialministerium dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Friesenhof“ schickte. „Das aber ist verfassungsrechtlich unzulässig“ sagt Klaus Weber, Pressesprecher der FDP-Fraktion. Mitte Juli 2015 hatten mehrere Abgeordnete die Vorlage der Originalakten durch die Landesregierung angemahnt. Der Grund: Kopien verfügen über einen geringeren Beweiswert, da auf ihnen Informationen abgedeckt oder andere Manipulationen vorgenommen werden könnten. „Die Originalakten“, so Weber, „kamen erst Wochen später.“ gla